

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzusatz für Nr. 404 v. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., anständige Anzeigen 20 Pfg. In der Expedition abgegeben werden.

N. 124.

Mittwoch den 31. Mai 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der wirthschaftliche Aufschwung und die Kartelle.

Wp. Die gegenwärtige Periode des wirthschaftlichen Aufschwunges wird begleitet von einer intensiven Kartellbewegung. Das ausgesprochene Ziel der Unternehmer ist in diesem Falle die Ausnützung der günstigen Konjunktur, um die Preise möglichst in die Höhe zu treiben, von einer „Regelung der Produktion“, die so oft als „volkswirthschaftlicher Vortheil der Kartellbildung hingestellt wurde“, ist überhaupt nicht mehr die Rede. Das ergibt sich schon daraus, daß eine Anzahl Kartelle in solchen Produktionszweigen gebildet wurde, in welchen schon eine „Kontingierung“ der Produktion stattgefunden hat — Zuckerkartell, Spirituskartell — oder in welchen die Einschränkung der Produktion durchaus dem volkswirthschaftlichen Interesse zuwider ist, Petroleumkartell, Kupferkartell. Diese letzten Dinge verdienen besondere Aufmerksamkeit, als ein Beispiel der Gefahr, welche dem Publikum und der industriellen Entwicklung von Seiten der großkapitalistischen Häufnisse droht.

Der Bedarf an Petroleum steigt beständig; die technische Entwicklung ermöglicht eine von Jahr zu Jahr ausgebreitere Verwendung dieses Produktes. So sind z. B. in der letzten Zeit Petroleumheizöfen ganz vorzüglich konstruirt worden und auf den landwirthschaftlichen Ausstellungen erregen die vorzüglichsten Petroleummotoren Bewunderung, da sie leicht transportabel, sehr leistungsfähig und absolut eine Feuergefahr ausschließen, was für Dreschmaschinen u. v. von besonderer Wichtigkeit ist. Der Verwendung steht aber ein Weg — die beständige Erhöhung des Petroleumpreises infolge der Monopolisirung der Produktion. Der letzte Coup bestand im Zusammenschluß der russischen und der amerikanischen Kompagnien, so daß heute thatsächlich ein Weltmonopol besteht, was zur Folge hatte, daß die Preise im Großhandel seit dem vorigen Jahre um rund 100 pCt. gestiegen sind. Nicht nur also wird dem Konsumenten ein notwendiger Gebrauchsartikel vertheuert, sondern der Industrie, respektive der Landwirtschaft wird die Einführung eines nützlichen Motors unmöglich gemacht. Herr Rockefeller und Genossen ziehen allerdings daraus einen riesenhaften Vortheil: die Dividende steigt rapid. Was den Kupfer anbelangt, so hat bekanntlich vor zehn Jahren das Bestreben, die Produktion zu monopolisiren, einen schmachvollen Krach herbeigeführt. Seitdem ist der Bedarf an diesem Metall infolge der rapiden Entwicklung der Elektrotechnik gewaltig gestiegen und die Kupferminen erzielten bei gleichzeitiger Ausdehnung der Produktion sehr hohe Preise. Seit einigen Monaten ist aber der Preis sprunghaft in die Höhe getrieben worden: vor einem Jahre notirte Chilikupfer 49 Pfund Sterling, im Januar dieses Jahres 58 und zur Zeit 78 bis 80 Pfund Sterling. Diese enorme Preissteigerung wird darauf zurückgeführt, daß ein Konjunktium, an dessen Spitze abermals der milliardär Rockefeller steht, „eine Kontrolle über mehrere große Kupferminen“ erworben hat, mit anderen Worten, daß ein monopolistisches Kartell in Bildung begriffen ist. Ob diesmal ein neuer Krach folgen wird, läßt sich noch nicht sagen; scheinbar ist das Unternehmen „solider“, denn während vor zehn Jahren nur die vorhandenen Vorräthe aufgebraucht wurden, scheint es sich jetzt um ein regelrechtes Produktionskartell zu handeln und da ist es nicht ausgeschlossen, daß bald die gesammten Kupferminen von einer Anzahl Monopolisten beherrscht werden. Rockefeller hat jedenfalls bewiesen, daß er derartige Geschäfte zu führen weiß.

Die Gefahr, welche der Elektrotechnischen Industrie droht, liegt auf der Hand. Allerdings sind die Matadore dieses Industriezweiges durchaus von demselben Geiste befeelt, wie jener amerikanische Potentat und zur Zeit schwirren beständig Meldungen durch die Presse über einen Zusammenschluß der großen deutschen Elektrizitätswerke, wobei es sich zum Theil um „Fusionen“, d. h. vollständige Zusammenlegung einzelner Betriebe, zum Theil um Bildung eines Kartells handelt, das auf ein Hinausschrauben der Preise abzielt.

Die bereits bestehenden großen Eisen- und Kohlen-Syndikate haben die Konjunktur glänzend ausgenutzt. Die Preise für Kohle und alle Eisensorten sind in den letzten

Monaten sprunghaft in die Höhe gegangen. Gleichzeitig macht man sich den Umstand zu Nutze, daß Waare rar wird, um die Händler zu terrorisiren: Man zwingt nämlich dieselben, Verpflichtungen einzugehen, nur von Fabriken zu kaufen, welche dem Syndikate angehören, sonst bekommen sie überhaupt nichts geliefert; dadurch werden dann die außerhalb stehenden Werke gezwungen dem Kartell resp. Syndikat beizutreten.

In den Industriezweigen aber wo bisher keine Kartelle bestanden, sind dieselben im letzten Jahre im Entstehen begriffen und es vergeht nahezu kein Tag, wo nicht von neuen Zusammenschlüssen dieser Art, die regelmäßig von Preissteigerungen begleitet sind, berichtet würde.

Die Frage ist nun, welchen Einfluß dieser Prozeß auf den Verlauf des Geschäftsganges haben wird? Die rapide Preistreiberie legt die Annahme nahe, daß wenn es wieder einmal zu Kriseln anfängt, der Krach beschleunigt und verstärkt wird: die Preise der Rohmaterialien werden, weil bei der Produktion dieser Rohmaterialien die Kartellbildung naturgemäß am meisten forschreitet, möglichst lange hochgehalten, die verkaufsfähige Waare wird am ersten dem Preisdruck ausgesetzt, der Krach beginnt hier und dann wird auch das stärkste Syndikat nicht mehr im Stande sein, die Position zu behaupten.

Für die Arbeiter aber kommt natürlich ganz besonders in Betracht der Zusammenschluß der Unternehmer in Verbände, die einer Lohnerhöhung entgegenarbeiten, wenn nicht die Organisation der Arbeiter stark genug ist, dieselbe durchzusetzen. Der Zusammenschluß der Unternehmer verursacht es, wenn in der Zeit der wirthschaftlichen Hochkonjunktur, in der wir stehen, die Löhne lange nicht im Verhältnis zur Preissteigerung der Waaren erhöht werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichskanzler und die Kanalvorlage. Es wird Niemand im Ernst erwarten, so schreibt man der „Frkf. Ztg.“ aus Berlin, daß der alte Staatsmann, der jetzt Reichskanzler und Ministerpräsident ist, dem beamteten und unbeamteten Junkerthum imponirt und einschüchternd auf die Konservativen wirkt. Der gilt längst für politisch todt, und es war der parlamentarische Träger eines historischen Namens, der kürzlich auf die Frage, wie er über den Reichskanzler denke, witzig antwortete: „Der hat ja schon vor sechs Wochen seine Entlassung genommen; man sagt es ihm nur nicht, damit sich der alte Herr nicht aufregt.“

Sozialdemokratie und Arbeiterschuh-Konferenz. Professor Werner Sombart giebt in der „Frankfurter Zeitung“ eine sehr lange Erklärung ab zum Zwecke der Beweisführung dafür, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Abgabe an den Exzellenzen-Kongreß im Unrecht sei und daß die Fraktion sich von anderen Gründen als die im „Vorwärts“ und von uns veröffentlichten habe leiten lassen.

„Diese Darstellung, sagt Sombart, widerspricht so schnurstracks den Thatsachen, daß ich mich als derjenige, der Namens des Komitees der Arbeiterschuh-Konferenz die Verhandlungen mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion geführt habe, verpflichtet fühle, nicht sowohl zum Zwecke der persönlichen Rechtfertigung, als vielmehr um im Interesse der Sache Mythenbildungen im Keime erstickend, eine richtige Darstellung des Thatbestandes zu geben.“

Diese „richtige Darstellung“ gipfelt in der Wiedergabe eines Bebel'schen Briefes, in dem es heißt:

„Die Fraktion hat mit großer Mehrheit beschlossen, bei dem ersten Beschlusse stehen zu bleiben. Ich machte den Versuch, zu erlangen, daß die Fraktion die Beteiligung frei gebe, jedoch also eine nicht offizielle Beteiligung möglich war. Ich fand mit diesem Antrag aber so viel Widerstand, daß ich den Antrag, weil gänzlich ansichtslos, nicht stellte. Für eine offizielle Beteiligung trat nur ein Redner ein. Nach längerer Verhandlung wurde wie gemeldet beschlossen.“

Durchschlagend war, daß man sich ein geistliches und erfolgreiches Wirken mit den heterogensten Elementen nicht versprechen konnte, man sei gezwungen, so viel KonzeSSIONen zu machen, daß die Partei dafür nicht eintreten könne u. s. w. Nebenbei spielte auch die Einladung eine Rolle, die die Fraktion auf gewisse Mitglieder verpflichtete, ihr also keine Freiheit gebe.“

Der Beschluß selbst beweist dem Sprecher des Ver-

leichtsinnigste nur, „daß der Mehrheit der Fraktion jedes Zusammenwirken mit bürgerlichen Sozialpolitikern als eine Schädigung der Arbeiterinteressen erscheint.“ „Einen solchen intransigenten Standpunkt verstehe ich, wenn ich denselben auch für grundverleht halte.“

Er versteht es auch, „wenn andere Sozialdemokraten diesen Standpunkt nicht theilen,“ und hält es darum „auch für keineswegs notwendig, an der Lauterkeit ihrer Gesinnung zu zweifeln.“ (Sehr gültig!) „Was ich dagegen ganz und gar nicht verstehen kann, ist, daß diese abweisende Richtung, die ja offenbar noch die große Mehrheit in der Fraktion hinter sich hat, nicht den Muth ihrer Ueberzeugung besitzt und — statt sich hinter allerhand Scheingründen und Ausflüchten zu verstecken — nicht lieber offen und ehrlich die wahren Motive ihres Verhaltens auch der Öffentlichkeit gegenüber vertritt. Ist ihre Sache gut, so muß sie auch das Licht der Kritik der bürgerlichen Kreise und derjenigen Kreise der eigenen Partei vertragen, die eine andere Auffassung vertreten. Den Intransigenten unter den Sozialdemokraten möchte ich in einem etwas andern Sinne die Worte ihres Beunruhigter Bernstein entgegen halten: „Wagt zu scheitern, was ihr seid!““

Die Fraktion hat ausdrücklich ihren ersten Beschluß und seine Begründung aufrecht erhalten, sie hat einmütig den neuen Werbeveruch Sombarts zurückgewiesen, sie war, wie klipp und klar festgestellt wurde, nicht willens, sich für dekorative Zwecke von dem Exzellenzenklingel ausnützen zu lassen. Es ist deshalb spaßhaft, wenn Herr Sombart wähnt, mit Bebel's Brief krebzen zu können. Die offiziellen Erklärungen der Fraktion, die das Centralorgan veröffentlicht hat, genügen doch wirklich. Daß gerade Herr Werner Sombart die Rohrenwäsche vornimmt, er, der bei diesem ganzen eigenartigen Handel so übel abgeschnitten hat, erhöhe den Reiz dieser „Retung“. Mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt Herr Sombart, daß er Mitwisser und Miturheber der famosen ersten Einladung gewesen ist, die eine künstliche Auslese und das Uebergehen der Fraktion und Parteileitung herbeiführen wollte, daß er das geflügelte Wort gesprochen hat: „Ein Fehl ist mir lieber als zehn Bebel“. Herr Sombart hat kein Glück, nicht mit seinen Briefen und mit seinen Briefcitaten, nicht mit seiner Diplomatie, nicht mit seinen Erklärungen. Er ändert nichts an dem Thatbestande, der für ihn und die Verlephs-Gruppe, deren Mundstück er ist, eine offenkundige Schlappe ist. Es gelingt nichts mehr.

Vogelfrei! Die Amtsentsetzung des Biegelei- und Gutbesizers Schulze, des Gemeindevorstehers in Mahmitz bei Lehnin, ist bekanntlich vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden, weil Schulze einer Sozialdemokratin, der Frau Palm, eine Wohnung in seinem Hause vermietet hatte. Der Wortlaut des Urtheils des Oberverwaltungsgerichts wird in der „Volkszeitung“ veröffentlicht. Es heißt in der Begründung des Urtheils unter Anderem wie folgt:

„Bei der Beurtheilung des Verhaltens des Angeklagten ist von dem in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts festgehaltenen Grundsatz auszugehen, daß Beamte, auch mittelbare, die Pflichten ihres Amtes verletzen und sich des Vertrauens, welches ihr Veramt erfordert, unwürdig zeigen, wenn sie die Bestrebungen einer politischen Partei, welche die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung grundsätzlich bekämpft, bewußt unterstützen oder fördern. Dies gilt namentlich von den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei, deren Ziel notorisch der Umsturz der bestehenden Rechts- und Staatsordnung ist. Der Angeklagte hat durch seine Bestrebungen durch Ueberlassung einer Wohnung an eine sozialdemokratische Agitatorin begünstigt. Zwar ist in der Ueberlassung einer Wohnung an Angehörige der sozialdemokratischen Partei eine Begünstigung der Bestrebungen dieser Partei an sich nicht zu erblicken, auch wenn es sich um bekannte sozialdemokratische Agitatoren handelt. Aber unter besonderen Umständen, wie sie vorliegend festzustellen sind, liegt darin allerdings eine Begünstigung. Diesen Charakter hatte hier die Vergabe der Wohnung, weil dadurch der Frau Palm der Verbleib in der Gegend und damit auch die Fortsetzung ihrer dortigen Agitation ermöglicht oder doch erleichtert worden ist. Entzieht sich ein Beamter bei einer Handlung, die eine Begünstigung der sozialdemokratischen Agitation enthält, durch Gleichgültigkeit gegen deren Gesfahren der Erkenntniß der Tragweite seiner Handlung, so ist dies einer bewußten Begünstigung gleichzuachten. Allerdings braucht ein Beamter, der als Haus eigentümer Wohnungen zu vermieten hat, im Allgemeinen die politische Ansicht der Per-

sonen, an welche er vermietet, nicht zu berücksichtigen; dies verhält sich aber bei der Vermietung an einen sozialdemokratischen Agitator ganz anders, wenn der Beamte nach der besondern Lage des Falls weiß oder sich sagen muß, daß er durch Vermieten der Räume sozialdemokratische Agitation ermöglicht oder erleichtert. Das darf einem Beamten nicht gleichgültig sein. Auch ohne ein Ausnahmengesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie folgt für die Beamten aus deren allgemeiner Verpflichtung, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Rechte- und Staatsordnung mitzuwirken, die Unzulässigkeit irgend welcher Veräußerung der auf Unterordnung dieser Rechte- und Staatsordnung abzielenden sozialdemokratischen Bestrebungen.

Darum, daß der Angeklagte nach Abschluß des Miethsvertrags mit Frau Palm rechtlich außer Stande war, diese aus seinem Hause zu entfernen, kommt es nicht an, weil das Dienstvergehen in dem Abschluß des Miethsvertrags gefunden wird, wozu für den Angeklagten keine rechtliche Abhülfe bestand.

Was die Abmessung der Strafe betrifft, so kann die vom Kreisauusschusse verhängte Dienstentlassung nur für gerechtfertigt erachtet werden. Die sich das Land verbreitende sozialdemokratische Agitation ist für das Gemeinwohl so gefährlich, daß ein Gemeindevorsteher, der diesen Bestrebungen irgend welche Beschäftigung, sich als völlig ungeeignet für eine solche Stellung erweist. Ein Gemeindevorsteher, der einer Persönlichkeit wie die Frau Palm durch Vergabe einer Wohnung die Gelegenheit verschafft, ihre auf Herabsetzung des gesellschastlichen Friedens und Untergrabung des Familienlebens gerichteten Bestrebungen fortzusetzen, muß das nötige Vertrauen bei den Behörden und Gemeindegliedern verlieren und zeigt, daß ihm für die wichtigsten Aufgaben einer obrigkeitlichen Stellung die Einsicht fehlt.

Neun Jahre nach dem Aufhören des Ausnahmengesetzes erklärt ein Gericht im Reichsstaate Preußen die Sozialdemokratie für vogelfrei! Und das nennt dann Herr von Posadowsky die „vollendeten Rechtsgarantien“! Lächerlich! Im Uebrigenspricht das Urtheil für sich selbst und bedarf keines weiteren Kommentars. Seine Wirkung auf breite Massen der Bevölkerung wird es nicht verfehlen!

Zu den Fenster Studenten-Gezessen wird noch berichtet, daß der Wirth des Deutschen Hauses 1800 Mt. Schadenersatz verlangt — ein Beweis, wie vandalisch die jungen Herren gehandelt haben. Ein Arbeiter schreibt unserem Zentralorgan: die Vertreter germanischer Bildung hätten sich so gemeiner Ausdrücke bedient, daß sie nicht wiederzugeben seien. Uebrigens haben auch zwei Arbeiter Strafantrag gestellt, da ihre Kleider durch ein heruntergeworfenes Nachtgeschirr befleckt worden sind.

Die Novelle zum An siedelungsgesetz und die preussischen Bergarbeiter. Die gegenwärtig dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegende Novelle zum An siedelungsgesetz ist eine der gemeingefährlichsten Vorlagen mit denen sich das Abgeordnetenhaus seit Langem beschäftigt hat. Das Recht, menschliche An siedelungen zu errichten, ist schon jetzt durchaus kein unbeschränktes, auch zu Gunsten der Grubenherren bestehen schon jetzt gewisse Bestimmungen in betreff des Bauens von Häusern in Grubengebieten. So bestimmt § 150 des preussischen Berggesetzes, daß Hausbesitzer für die durch Grubenabbau unter ihren Häusern entstehenden Schäden an den Häusern keine Entschädigung erhalten, wenn sie diese Schäden voraussehen mußten. Die neueste Vorlage bezweckt nichts mehr und nichts weniger als das Häuserbauen in Bergwerksgebieten völlig von den Grubenherren abhängig zu machen. Erreicht soll dieser Zweck werden durch ein fast unbedingtes Einspruchsrecht der Bergwerksbesitzer gegen die Gründung von An siedelungen über Grubenfeldern. — Es ist klar, daß, wenn den Grubenherren das in der Novelle geforderte weitgehende Einspruchsrecht zugestanden wird, diese dann auch von ihm den weitgehendsten Gebrauch machen werden. Werden nämlich über Gruben keine Häuser mehr gebaut, dann ersparen sich die Kohlen-Grafen das sonst nötige Stehenlassen der Sicherheitspfeiler unter den Häusern und die Entschädigungen für die durch Bodenrutschungen an den Häusern entstehenden Schäden. Die Folgen davon aber sind für die Bewohnerschaft von Bergwerksgebieten, insbesondere natürlich für die Arbeiterschaft, sehr bedeutende und zwar sehr schädliche. Es tritt Wohnungsmangel, der in solchen Gegenden sowieso immer herrscht, in noch höherem Grade auf, die Mietpreise steigen, die großen Miethskasernen nehmen immer mehr zu gegenüber den noch vielfach jetzt üblichen kleinen Häusern. Diesen Zustand werden die Grubenherren benutzen, um einen immer größeren Theil ihrer Arbeiter in ihre eigenen Arbeiterhäuser zu ziehen und die Abhängigkeit der Arbeiter dadurch zu vermehren. In Oberschlesien, wo überhaupt die Novelle angeregt ist, rechnen die interessirten Kreise fest auf deren Annahme. Die großen Herrschaften haben seit Jahren große Gebiete an siedelungsfähigen Boden künstlich erworben, verkaufen ihn jetzt zum kleineren Theile zu sehr hohen Preisen, behalten aber den größeren Theil für sich — zum Bau der später notwendig werdenden Arbeiterhäuser und Klavenviertel. Die Opposition der Bevölkerung gegen die geplante Neuordnung des Häuserbaus in Bergwerksgebieten ist in Oberschlesien sehr groß, namentlich auch unter den zahlreichen kleineren Grundbesitzern, deren Besitzungen fast sämtlich über Grubenfeldern liegen und durch die Annahme der Novelle und ihre Durchführung, die hier besonders rigoros sein würde, bedeutend an Werth verlieren würden. Besonders groß ist übrigens diese Opposition der Bevölkerung im Gebiete der fiskalischen Königin Louise-Grube in Zabrze, Zaborze und Umgegend. Gegen die Vorlage werden jetzt von Oberschlesien aus die ober-schlesischen Centrumsabgeordneten mobil gemacht. Von diesen ist jedoch nichts zu erwarten. Das Centrum wird sich doch nicht gegen die Interessen des Grafen Ballestrem oder des katholischen Grafen Hensel von Donnerstern verhalten.

Wegen der Veröffentlichung der bekannten Stumm-Briefe am 25. Februar d. J. ist jetzt gegen den

„Vorwärts“ Anklage erhoben worden, aber nicht, wie ursprünglich von den Stumm-Deuten ausposaunt wurde, wegen Diebstahls, sondern wegen — Verletzung des Urheberrechts. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu:

Von den „Vorwärts-Dieben“ haben wir nun endlich nach monatelangem Harren etwas Authentisches gehört. Man erinnert sich, daß der „Vorwärts“ im Februar ein paar recht interessante Briefe des Freiherrn v. Stumm veröffentlichte, daß unmittelbar darauf die Staatsanwaltschaft mobilisiert, bei den Redakteuren unseres Blattes als verdächtigen Dieben und Ueblen Handlungen verurtheilt wurden, und schließlich Herr von Stumm im Reichstag das Märchen von den vom „Vorwärts“ gestohlenen Briefen erzählte.

Die „Post“ er fand ihrerseits damals eine Klärungsgeschichte von einem Einbruchdiebstahl, bei dem die „Vorwärts-Diebe“ sogar Cigarren mitgehen ließen, und sie band einem allzu gläubigen Verleumdeter in ihrer grenzenlosen Verzogenheit und Stumm-Furcht die Fabel auf, es seien zwei des Diebstahls verdächtige Personen verhaftet worden. Verhaftet sind allerdings zwei Angekündigte der „Post“ worden, aber wegen einer Schwimabel, die mit dem angeblichen Verleumdeter in gar keinem Zusammenhang stand. So täuscht man die Dummheit, wenn Stumm wählet.

Nicht minder erfunden waren die Angaben von einem Einbruchdiebstahl, und die „Post“ hat wieder die ihr osentündige Thatsache der Verführung der Geschäfte erzählt, um eine Aktion gegen den „Vorwärts“ zu veranlassen. Jetzt liegt uns nämlich ein amtliches Schriftstück vor, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß die „Post“-Leute keine Ahnung hatten, auf welchem Wege, wann und wie die Briefe in den „Vorwärts“ gelangten. Der Chefredakteur der „Post“, Kronsbein, hat nämlich nur die Vermuthung ausgesprochen können, daß ihm die Briefe „in der Zeit vom 6. Oktober 1898 bis 25. Februar 1899“ gestohlen worden seien, das heißt in der Zeit zwischen dem Empfang der Briefe und ihrer Veröffentlichung. Also sind vermuthlich auch die berühmten Cigarren in dem Zeitraum zwischen dem 6. Oktober 1898 bis 25. Februar 1899 „gestohlen“ worden. Herr Kronsbein wachte also gar nicht, als daß zur Zeit der Veröffentlichung die Briefe nicht auffindbar waren, und weil er über den Verbleib nichts wußte, und Herr v. Stumm doch beruhigt werden mußte, erkannte er die Geschichte von dem Einbruchdiebstahl; auf Grund dieser Erfindung mußte dann ein großer Theil der Polizei in allen Gegenden Berlins und der Vororte sich dazu hergeben, bei unbescholtenen Staatsbürgern nach gestohlenen Gegenständen zu suchen!

Das oben erwähnte Altkleid ist die — Anklage, welche den Abschluß der hiesigen Angelegenheit bildet. Aber es ist keine Anklage wegen Diebstahls oder Diebstahls, sondern unser verantwortlicher Redakteur soll sich namentlich wegen angeblichen Vergehens gegen das Gesetz betreffend das — Urheberrecht verantworten. Der Vorwärts soll sich nämlich des unerlaubten Nachdrucks schuldig gemacht haben, weil er die Briefe ohne Genehmigung ihres „geistlichen Eigentümers“, des Freiherrn v. Stumm, abgedruckt und verbreitet hat.

Der „Vorwärts“ bestreitet, einen Diebstahl am geistigen Eigenthum des Freiherrn v. Stumm begangen zu haben, da in den fraglichen Briefen eine geistige Leistung durchaus nicht zu sehen sei. Dagegen erkennt der „Vorwärts“ aus journalistischen Anstandsgründen und nach redaktionellen Geschäftszusätzen Herrn v. Stumm einen Anspruch auf Honorierung seiner Mittheilungen zu und erklärt sich bereit, in gütlicher Vereinbarung ihm das übliche Zeilenhonorar zu zahlen. Vielleicht nimmt Herr v. Stumm das gütlich Gebotene an, wenn auch nicht für sich, so doch für die „Post“, die es vielleicht gebrauchen kann.

Der Kongress der Krankenkassen Deutschlands hielt am Sonnabend Abend in den Armirhallen in Berlin seine konstitutionelle Vorversammlung ab. Simonowski-Berlin erklärte den Kongress für eröffnet und begrüßte die Delegirten Namens der Centralcommission und der Verwaltungsbeamten der Berliner Krankenkassen.

Für die Leitung des Kongresses wurden gewählt: Simonowski-Berlin, Wilm-Hamburg und Reiter-München als gleichberechtigte Vorsitzende; Träßdorf-Dresden, Goebel-Mainz, Goldammer-Erfurt, Feisinger-Hamburg, Suß-Ehmenitz und G. Günther-Berlin als Schriftführer. Außerdem wurde eine Redaktions-Kommission für die Anträge gewählt. Der Vertrauensarzt der Berliner Krankenkassen, Dr. Friedeberg, gehört mit zum Bureau. Vertreten sind 223 Kassen mit 270 Delegirten und zwar 158 auswärtige Ortskrankenkassen mit 177 Delegirten, 37 Berliner Ortskrankenkassen mit 53 Delegirten, 4 Betriebskrankenkassen mit 10 Delegirten, 3 Innungskrankenkassen mit 4 Delegirten, 15 eingetragene Hilfskassen mit 12 Delegirten und 6 Korporationen (Arbeitervertreter-Bereine) mit 14 Delegirten.

Als definitive Tagesordnung wurde festgesetzt: 1. Zweck, Ziel und Organisationsform der deutschen Krankenkassenbewegung. Referent Dr. Friedeberg. 2. Stellung der Krankenkassen zum neuen Invaliditätsgesetz und zu den notwendigen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes. Referent Reichstags-Abgeordneter Wurm. 3. Stellung der Krankenkassen zum Unfallversicherungsgesetz. 4. Die Beschlüsse des 27. Deutschen Arztetages: Referent Dr. C. Freudenberg. 5. Centralisation der Krankenkassen. Referent Doehne-Berlin. 6. Ergebnisse des Tuberkulose-Kongresses. — Die Redezeit der Referenten wurde auf 30, die der Diskussionen auf 10 Minuten festgesetzt. Die Bestimmungen sollen nach Köpfen erfolgen. Damit schloß die Vorversammlung.

Die Zahl der strafbaren Handlungen, bezüglich deren im Jahre 1897 Entscheidungen rechtskräftig geworden sind, betrug nach der „Deutschen Kriminalstatistik“ im Jahre 1897 691 376 gegen 682 145 im Jahre 1896 und 684 859 im Jahre 1895, so daß im letzten Jahre eine Zunahme von 9231 oder 1,35 pCt. stattgefunden hat. Von den Entscheidungen lauteten auf Verurtheilung 559 007 (1896 550 662, 1895 550 793), auf Freisprechung 121 796 (120 427 und 123 376) und auf Einstellung des Verfahrens 10 573 (11 096 und 10 690). Die Zahl der auf Freisprechung lautenden Urtheile zeigt also eine verhältnismäßige Verminderung. Von den strafbaren Handlungen, die zur Verurtheilung führten,

wurden begangen 517 913 (509 593 und 510 488) von einem und 41 094 (41 029 und 40 305) von mehreren Verurtheilten. Die Gesamtzahl der Angeklagten betrug 596 338 gegen 580 615 im Jahre 1896 und 578 752 im Jahre 1895. Von ihnen sind 463 585 (456 999 und 454 211) verurtheilt und 114 298 (113 767 und 115 040) freigesprochen. Von 100 Angeklagten wurden im Jahre 1895 19,87, 1896 19,60, 1897 nur 19,46 freigesprochen. Unter den Verurtheilten befanden sich 45 329 (44 275 und 44 384) Jugendliche unter 18 Jahren, unter den Freigesprochenen 10 665 (10 708 und 10 686). Der Antheil der Vorbestraften an der Gesamtzahl der Verurtheilten ist im entschiedenen Steigen. Es waren von den Verurtheilten vorbestraft 183 843 gegen 177 574 im Jahre 1896 und 172 169 im Jahre 1895, darunter 69 681 (67 326 und 66 755) einmal, 36 872 (35 384 und 34 965) zweimal, 48 168 (47 249 und 45 125) drei- bis fünfmal und 29 122 (27 430 und 25 318) mehr als fünfmal. Trotz dieser Zunahme der Vorbestraften zeigen die strengeren Strafarten einen wesentlichen Rückgang. Auf Todesstrafe ist gegen 53 (1897 56 und 1896 60) Verurtheilte erkannt, auf lebenslängliches Zuchthaus gegen 2 (13 und 5).

Die Lage des Kleinhandels in Deutschland. Die von der Handelskammer zu Hannover veranlassete private Untersuchung über die Lage des Kleinhandels in Deutschland ist jetzt verarbeitet und der Öffentlichkeit übergeben worden. Aus den Darstellungen ergibt sich, daß in viel höherem Grade als Warenhäuser, Konsumvereine, Beamtenvereine, Wandertager, Auktionen etc. die Konkurrenz der Kleinhandliler untereinander schuld an der prekären Lage des Kleinhandelsstandes ist. Die zunehmende Ueberfüllung des Detailhandels durch Existenzen aus anderen Berufen, die, wenn es gar nicht mehr anders geht, ein kleines Geschäft aufmachen, engen den Kundenkreis der bestehenden Kleinhandelsunternehmungen ein. Diese Thatsache ist zwar schon durch die Gewerbestatistik des Jahres 1895 für ganz Deutschland ziffermäßig festgestellt worden, in dem Werke der Handelskammer von Hannover wird dieses Gesamtergebnis aber noch durch einzelne Beispiele im Detail erläutert. So stieg z. B. in Hannover-Umben die Zahl der Eisenwaren-Detailgeschäfte von 1862 bis 1896 von 1 bis 32, der mit einem Handwerksbetriebe verbundenen Nebengeschäfte in Kleinwaren zwischen 1883 und 1896 von 1 auf 7. 1862 zählte man dort 9967 Einwohner auf ein Eisenwaren-Detailgeschäft, 1896 dagegen nur 4678 Einwohner. In Heidelberg konstanten 1866: 3, 1897: 27 Cigarrenläden miteinander. In Alt-Leipzig stieg zwischen 1880 und 1897 die Zahl der Cigarrenhandlungen auf das dreifache, die der Droguen- und Farbwarengeschäfte auf das hoppelte. In 14 Kleinstädten des Handelskammerbezirks Billingen in Baden stieg zwischen 1866 und 1897 die Zahl der Kleinhandelsgeschäfte von 142 auf 384, und während 1866 auf je zehn Geschäfte 1806 Einwohner entfielen, zählte man auf die gleiche Zahl von Geschäften 1897 nur 910 Einwohner. In Rudolstadt haben sich die Manufaktur- und Kurzwarengeschäfte seit 1866 verdoppelt. Die Mittelstandspolitiker übersehen bei ihrem Kampf gegen die modernen Entwicklungsformen des Detailhandels diese Ueberfüllung im Kleinhandel vollständig. Aus ihr wären aber auch wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen.

Kleine politische Nachrichten. Bei der Reichstagsersatzwahl im zweiten niederbayerischen Wahlkreis wurde, wie das namentlich veröffentlichte amtliche Wahlergebnis zeigt, der Zentrumskandidat Eschinger gewählt. Er stieg mit 6048 Stimmen über den Bauernkandidat Wieland, der 5975 Stimmen erhielt. — Dem Reichstag ging ein Abkommen mit England bis zum 1. Juli 1900 zu. Der Gesandtschaftsvertrag verlängert das Handelsprovisorium über den 30. Juni 1899 hinaus. Die Begründung sagt, der Abschluß der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen sei bis zum 30. Juni 1899 nicht zu erwarten. — Der Bericht der Kommission über die Gewerbenovelle ist jetzt zusammengestellt. Es ergibt sich aus ihm, daß außer dem Lebenslohn ein neuer Lohn und um acht Uhr auf Antrag von wenigstens zwei Dritteln der Geschäftsinhaber auch ein Lebenslohn zur Mitte des Tages beschlossen worden ist, wenn er ebenfalls von zwei Dritteln der Geschäftsinhaber beantragt ist. Nach der offiziellen „Ränd. Allg. Btg.“ hat sich die Mehrzahl der deutschen Regierungen mit Entschiedenheit dagegen erklärt, daß in die Gewerbenovelle eine Bestimmung über einen obligatorischen Lebenslohn aufgenommen werde, wie ihn die Kommission des Reichstages vorsehen zu müssen glaubte. (Das ist begreiflich! Kommen doch Unternehmerinteressen in Gefahr!) — Wegen Ueberschuldung des Oberpräsidenten von Posen wurde am Montag in erneuter Verhandlung vor der Posener Strafkammer Chefredakteur Goldbeck von der „Pos. Btg.“ zu 600 Mark verurtheilt. Das frühere vom Reichsgericht verworfene Urtheil hatte auf drei Monate Gefängnis lautete. — Der Attache der Pariser französischen Gesandtschaft, Chemise, erschoss sich Sonntag wegen eines unheilbaren Leidens in seiner Wohnung zu Charlottenburg. — Montag Vormittag wurden die Nummern des „Malinzer Journal“ und der „Mainz N. N.“, in denen der Artikel der „Frf. Btg.“ vom 21. d. M. „Neues zum Fall Michler“ abgedruckt war, beschlagnahmt. Wegen der verantwortlichen Redakteure heider Blätter wurde, wie das „Mainz. Journ.“ meldet, das Strafverfahren eingeleitet. — Sonntag ab besetzten hundert von einem Kaplan und dem literalen Redakteur Dr. Schoepel geführte Bauern die in Wies bei Graz unter Führung Reichstagsverfammlen Bauernführer. Es kam zu einem erbitterten Kampf. Die Literalen wurden mit blutigen Köpfen heimgeschickt und insbesondere ihre Führer arg zugerichtet. — In Wien fanden Montag Abend acht von der Sozialdemokratie einberufene Volksversammlungen statt, um gegen die vom Landtag beschlossene neue Gemeindevorstandsbureau zu protestieren. Drei Versammlungen wurden, wolfs Bureau zufolge, wegen heftiger Ausfälle gegen den Statthalter, die Majorität des Landtages und die Gemeindevorstellung behördlich aufgelöst, die übrigen verliefen ruhig. Die Ausföhrung des Planes, demonstrativ vor das Rathhaus zu ziehen, wurde durch die Polizeiwache verhindert, jedoch nur Einzelne vor das Rathhaus gelangten. 25 Personen wurden angeklagt verhaftet. — Die belgische Regierung hob das Verbot der Einföhrung amerikanischer Viehs auf. — Nach einer anarchistischen Versammlung, die am Sonntag in Paris zur Feier des Jahrestages der Pariser Kom-

mune Kaffand, kam es beim Verlassen des Versammlungsortes zwischen den Anarchisten, welche im Zuge durch die Straßen marschieren wollten, und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Mehrere Manifestanten und fünf Polizisten wurden verwundet. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die außerordentliche Session der bulgarischen Sobranje wurde am Sonntag in Sofia vom Fürsten Ferdinand mit einer Thronrede eröffnet, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu England hervorhebt, welches Bulgarien befreit habe, und zu den übrigen europäischen Großmächten und den Nachbarstaaten, ganz besonders der Türkei. Im Reich der freundschaftlichen Beziehungen nahmen die bulgarischen Vertreter an der Friedenskonferenz teil. Schließlich kündigte die Thronrede Gelegenheitsworte über die Revision der Staatsverträge an, welche die Uebereinstimmung mit den Orientbahnen an. — Auf den Philippinen wird General Otis den Feldzug auch während der Regenzeit „mit äußerster Energie“ fortführen. Auf welche Weise der General seine Absicht verwirklichen will, bleibt vorläufig ein Geheimnis. Auf einer der kleineren Philippineninseln haben die Amerikaner wieder eine Schlacht erlitten. Nach amtlichen Nachrichten ist eine Truppenabtheilung des Kapitän Liden, welche zum Zwecke einer Rebellreparatur in Escalante auf der Negrosinsel gelandet war, von den Eingeborenen in verwerflicher Weise angegriffen worden. Kapitän Liden wird vermisst. Nach einem Bericht des „Newport Herald“ ist eine Anzahl malaisischer Seeräuber, die mit Kapitän Liden gelandet waren, von den Aufständischen gefangen genommen und in Stücke geschnitten worden.

Dänemark.

Die Ausspernung der dänischen Arbeiter wird vielfach von der bürgerlichen Presse in Dänemark abfällig beurtheilt. Man ist sich darüber klar, daß die Arbeiter alles gethan haben, um den Konflikt zu beilegen. Nur zwei den Unternehmerinteressen dienende Organe verteidigen mit Fanatismus das Vorgehen des Arbeitgebervereins. Mehrere Gewerkschaftsverbände haben beschlossen, gegen die Unternehmer wegen Kontraktbruch vorzugehen. Obwohl der Verband der Hutmacher als der vor Maschinenbauer hat seiner Zeit feste kontraktliche Vereinbarungen abgeschlossen, die nicht ohne weiteres gelöst werden können. Einige Unternehmerverbände haben die Ausspernung abgelehnt, während andere mit großer Entschiedenheit diese Maßnahme durchführten. Die außerhalb der Organisation stehenden Unternehmer in der Provinz werden die Arbeit so lange fortsetzen, bis das Material ausgeht. Der Ausschuß zur Förderung der sozialen Aufklärung, dem angesehenen Professoren und Geistliche angehören, hat einen Aufruf erlassen, in dem das Vorgehen des Arbeitgebervereins bedauert und zur moralischen und materiellen Unterstützung der Ausspernten aufgefordert wird. Die Gewerkschaften haben sich jetzt an den ständigen Ausschuß zur Entscheidung von Arbeitskonflikten gewandt, um sein Urtheil über die Ausspernung zu provokiren. Der Ausschuß trat unter dem Vorsitz des Professor Deunger am Montag zusammen.

Frankreich.

Die Revision des Drexfusprozesses vor dem Kassationshof. Vor dem Kassationshof begann Montag Mittag 12 Uhr bei überfülltem Saale die Verhandlung. Schon eine Stunde vorher trafen die Zeugen und Journalisten ein. Im Innern und außerhalb des Palastes sind umfassende Maßregeln getroffen worden, jedoch herrscht vollkommene Ruhe. Nur wenige Neugierige waren in der Nähe des Gerichtsgebäudes anwesend. Als um 11 1/2 Uhr die Thüren des Verhandlungssaales geöffnet wurden, strömten aus den Wandelgängen die Advokaten und Richterstatter in den Saal. Ballot-Beaupre beginnt sofort mit der Verlesung des Berichtes und erinnert daran, wie der Prozeß 1894 begonnen. Er erwähnt die Gutachten der Sachverständigen, die Proteste des Drexfus, das Verhör du Pathy de Clams, den Bericht d'Ormechevilles, das Verdict der Richterstatter von 1894, der hervorgehoben, Drexfus habe erklärt, er könne die in dem Vorderbau erwähnten Schriftstücke nicht. Ballot-Beaupre erklärt in dem Bericht weiter, daß der Kassationshof nicht die Annullirung des Urtheils, sondern nur die Revision zu erwägen habe, und daß die begründete Vermuthung eines Irrthums, sowie die sehr ersten Zweifel bezüglich der Schuld des Verurtheilten genügt, die Revision herbeizuführen. Ballot-Beaupre untersucht eingehend, ob im vorliegenden Falle sich die Revision als notwendig erweise und legt die Thatfachen dar, auf denen das Revisionsgesuch beruht. Die Sitzung wurde dann unterbrochen. Im weiteren Verlauf der Berichterstattung stellt Ballot-Beaupre die strafbaren Machedschaften Henrys und Pathy de Clams gegen Drexfus fest. Ballot-Beaupre hebt weiter hervor, einen wie bedeutenden Eindruck beim Prozeß Drexfus im Jahre 1894 die Zeugenaussage Henrys gemacht habe, der damals eidlich versicherte, daß Drexfus schuldig sei. Ballot-Beaupre weist ferner darauf hin, daß Henry stets Picquart gegenüber eine feindliche Haltung, dagegen Pathy de Clam und Esterhazy gegenüber eine freundliche Haltung angenommen habe. Ballot-Beaupre geht sodann auf die Denkschrift des Advokaten Mornard ein, der die einander widersprechenden Gutachten der Schriftsachverständigen einer Besprechung unterzieht. In der Denkschrift des Verteidigers Mornard wird weiter dargelegt, daß das Vorderbau nicht von Drexfus herrühren könne, da es keine vertraulichen Dinge enthalte. Mornard kommt zu dem Schlusse, daß die Bestandtheile des Vorderbaus und die Untersuchung vielmehr auf Esterhazy als den Schuldigen hinweisen. Um 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Der „Figaro“ spricht in dem Schlussartikel über die Drexfus'sche die Befürchtung aus, daß die Revision mit der Verweisung vor ein neues Kriegsgericht die Krisis, unter der Frankreich so schwer leide, noch um einige Monate verlängern könne. Die Untersuchung habe die Unschuld Drexfus klar dargelegt, warum solle man daher nicht die Revision des Prozesses ohne die Verweisung vor ein neues Kriegsgericht beschließen. Der „Figaro“ schließt mit den Worten: Gerechtigkeit, aber keine Repressalien. — Dieser Standpunkt des „Figaro“

ist befremdlich. Weßhalb sollen die Schuldigen ihrer gerechten Strafe entzogen werden? Würde ist den Verbrechern im Generalstabe gegenüber ganz ungebracht.

Selbstverständlich hält die Revision alle Gemüther in Aufregung. Die Revisionsblätter zweifeln nicht mehr an ihrem Erfolg. „Aurore“ druckte in der letzten Nummer Jola's offenen Brief „J'accuse“ („Ich klage an“) wieder ab. Die Antirevisionisten planen für Donnerstag bei der Rückkehr Marchand's, große Kundgebungen. Der Minister des Innern soll dem „R. Journal“ zufolge benachrichtigt worden sein, daß die Nationalisten und Antisemiten im Verein mit hohen Offizieren ihre Anhänger aufgefordert hätten, sich am nächsten Sonnabend an mehreren öffentlichen Plätzen zu versammeln. Es solle sich um eine Erneuerung von Deroulede's Putschversuch handeln.

Der Prozeß gegen Deroulede und Habert, die am 23. Februar nach der Begräbnisfeier für Faure den General Roget verleiteten wollten, mit seinen Soldaten nach dem Elysee, der Wohnung des Präsidenten, zu marschiren, begann ebenfalls Montag und zwar vor dem Schwurgericht. Der Zuschauerraum war überfüllt. Unter den Anwesenden bemerkte man Roget, Hochfort, Coppé, Beaurépaire u. A. Der Vorsitzende verbot zunächst Deroulede. Dieser beklagte in seinen Ansagen die Parlamentarier und die Juden. Er erklärte, sein Vorgehen sei reiflich überlegt gewesen. Deroulede suchte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen zu beweisen, daß die Panama-Angelegenheit, der Fall Drexfus und der Parlamentarismus Frankreich verzerren. Redner sprach sich gegen die Wahl Couvets aus, und tritt für die „plebiszitäre Republik“ ein. Er habe nicht beabsichtigt, die Soldaten ihrer Pflicht abspenstig zu machen, sondern Roget mit sich fortzuziehen wollen. Nach der Rede Deroulede's wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung gab Habert zu, daß er die Revolution herbeiführen wollte. Er bestreite aber, die Soldaten zum Ungehorsam aufgereizt zu haben, da er den General ebenfalls fortzuziehen wollte. General Roget, welcher als Zeuge vernommen wurde, erklärte, er habe den Eindruck gehabt, daß Deroulede auf irgend einen General wartete. Roget erzählte sodann die bekannten Vorgänge. Der Präsident verlas hierauf die Aussage Deroulede's in der Voruntersuchung, worin er erklärte, er habe die Soldaten aufgefordert, ihm zu folgen. Nach Vernehmung weiterer Zeugen, deren Aussagen ohne Bedeutung sind, wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen. Mehrfach wurden Hochrufe auf Deroulede laut.

Gallieni, der Generalgouverneur von Madagaskar, wurde durch Beschluß des Kriegsministers Krank außer der Reihe zum Divisionsgeneral ernannt.

Ueber die Freilassung Picquarts wird das Urtheil am nächsten Freitag erfolgen.

Finnland.

Die Finländer scheinen entschlossen zu sein, es auf eine Kraftprobe mit der russischen Regierung ankommen zu lassen. Dem „V. T.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Der finnische Landtags-Ausschuß verwirft den russischen Wehrpflichtvorschlagn pure und stellt eine neue Gesetzesvorlage, wonach die Friedensstärke auf 12 000 Mann erhöht wird, unter der Bedingung auf, daß die finnische Armee ihren nationalen Charakter beibehält, daß die Dienstzeit nicht verlängert wird, und daß der Zar die Gesetzesvorlage vollständig unverändert annimmt oder sonst selbst einen neuen Vorschlag macht. Der sog. Gesetzesauschuß schlägt vor, daß das Manifest des Zaren vom 15. Februar für ungültig erklärt wird, und daß die autonomen Rechte der Stände und der finnischen Regierung im vollen Umfang aufrecht erhalten werden. — Falls sich die Meldung bestätigt, ist ein erster Verfassungskampf in Finnland unvermeidlich. Der Sympathien aller Freiheitsfreunde darf Finnland in diesem Kampfe sicher sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

30. Mai.

n. Eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung tagte gestern Abend im Vereinshause, um sich mit den Vorkommnissen auf der Lück'schen Brauerei zu beschäftigen. Es war dies nichts Neues, denn fast in jeder Versammlung werden Beschwerden vorgebracht, daß Herr Lück die getroffenen Vereinbarungen nicht innehält. Am Sonnabend, den 27. d. Mts., hat nun der Flaschenmeister Wegner drei Arbeiter entlassen, weil er angeblich den Lohn von 16 Mark pro Woche nicht zahlen könne. Nachstehendes, in seiner Art einzig dastehendes Zeugniß beweist es:

„Hierdurch bescheinige ich gerne, daß der Arbeiter . . . vom 15. 4. 93 bis 27. 5. 99 bei mir im Flaschenabziehgesehäft thätig gewesen ist, und ich mit seinen Leistungen vollständig zufrieden gewesen bin. Als Grund der Entlassung kann ich nur anführen, daß ich mich, wie es in ähnlichen Geschäften üblich, mit billigeren Arbeitskräften, Frauen, sowie jugendlichen Arbeitern behelfen kann und muß.“

Herrn . . . kann ich es nicht verdenken, wenn derselbe jetzt, wo er herangewachsen ist und sich erst kürzlich verheirathet hat, nicht mehr mit einem Lohn, wie ich ihn nur zahlen kann, zufrieden ist und sich daher anderweitig lohnendere Beschäftigung sucht.

Lübeck, d. 27. Mai 99.
C. Wegner.“

Die Versammlung war der Ansicht, daß 16 Mk. für

Lübecker Verhältnisse überhaupt kein Lohn seien. Nach langer Debatte, in der das Verhalten der Brauerei auf das schärfste kritisiert wurde, ward eine Kommission zur Regelung der Sache gewählt. Herr Lück wünschte in der letzten Verhandlung, daß Ruhe und Frieden in seinem Geschäft sein sollen. Nun ist die Lohnbewegung beendet — ha fängt der Flaschenmeister an. Wer ist es denn da, der Ruhe und Frieden im Geschäfte stört? Dies ist der vorläufige Bericht. Weiteres nach Ablauf der anzuknüpfenden Verhandlungen.

n. Mit den bevorstehenden Bürgerstimmwahlen beschäftigte sich Montag Abend eine vom Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei nach den „Centralhallen“ einberufene Volksversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm der Reichstagsabgeordnete für Lübeck, Genosse Theodor Schwarz, das Wort, um in 1/2stündigem Vortrage der zahlreich erschienenen Menge das für die Bürgerstimmwahlen aufgestellte Programm der sozialdemokratischen Partei zu erläutern. Durch seine klaren und sachlichen Ausführungen, die in anziehender Weise vorgelesen wurden, verstand Referent es, die Versammelten zu fesseln. Ausgehend von einer geschichtlichen Darstellung der früheren Erwerbung des Bürgerrechts gab Redner ein Bild von den Erfolgen, welche die sozialdemokratische Partei bei früheren Wahlen zur Bürgerstimmwahl erzielt habe. Im Jahre 1893 habe die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen zwischen 527 bis 789 geschwankt. 1895 seien 462—669 und 1897 540—658 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden. Der Vaterstädtische Verein habe dagegen stets an Stimmenzahl eingebüßt. Während für ihn 1893 noch 1723—2409 Stimmen gezählt wurden, habe er es 1897 nur noch auf 1292—1480 gebracht. Das beste Zeichen, daß das Ansehen des Vaterstädtischen Vereins im Schwinden begriffen sei! Diese Mißstimmung gegen diesen Verein sei auch begründet, wenn man sich vor Augen halte, wie oft derselbe gegen die Interessen der Vaterstadt gefehlt habe. In einschneidender Weise beschäftigte sich Redner nun mit dem Schuldkonto des Vaterstädtischen Vereins und der durch ihn gewählten Vertreter. Die Bahnhofsverhältnisse habe er nicht geändert; das Begräbniswesen, das zu theuer und auch unhygienisch sei, weil durch die Anhäufung der Leichen in einer Grube das Grundwasser verdorben werde, sei von ihm nicht modern umgestaltet worden. Der Vaterstädtische Verein habe, obwohl er die Macht dazu besessen, es auch unterlassen, rechtzeitig Arbeiterwohnungen zu bauen. In kurzen Worten: der Vaterstädtische Verein und seine Vertreter hätten stets nur die Interessen des Privatkapitals verfolgt und das Gemeinwohl der Bürger dabei außer Acht gelassen. Nach dieser gründlichen Abrechnung mit dem Vaterstädtischen Verein ging Redner zur Erläuterung des sozialdemokratischen Programms über. Mit der Aufforderung für die Wahl der später festzustellenden sozialdemokratischen Kandidaten und rege zu agitiren, schloß Referent unter dem Beifall der Versammelten seine vortrefflichen Ausführungen. Die Diskussion gestattete sich durch das Auftreten des Herrn Pottharst vom Bürgerrechtsverein äußerst interessant. Dieser Herr glaubte, für den bekannten Verein mit dem langen Namen und seine Kandidaten Propaganda machen zu müssen, fand damit jedoch weder bei der Versammlung noch ganz besonders bei dem Genossen Bartels, der ihm entgegentrat, Vorliebe. Unter großem Beifall der Versammlung widerlegte Gen. Bartels die Ausführungen des Herrn Pottharst. Nach einem markigen Schlusswort des Genossen Th. Schwarz wurde die Kandidatenfrage erörtert. Ohne Widerspruch zu finden, wurde folgende Liste von der Versammlung genehmigt: Th. Schwarz, B. Bape, Th. Bartels, Th. Marzahl, Böttcher, C. Wittfoot, Fr. Lecke, C. Feig, A. Heitmann, Lorenz, B. Effinger, Reppenbagen, F. Plambek. Nachdem noch der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Friedrich, die Versammlung zu reger Arbeit für die Wahl aufgefordert hatte, wurde dieselbe von ihm mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Handelsregister. Am 29. Mai 1899 ist eingetragen: auf Blatt 1733 bei der Firma: „Lübeck-Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft“. Der Kaufmann C. W. S. Bape ist gestorben. Der Kaufmann L. F. Dziobal von Schulze ist zum Mitglied des Vorstandes erwählt.

Reklamewesen. Mit Bergmanns Karbol-Theer-Schwefel-Seife waschen sich die „Lübeckischen Anzeigen“, wenn ihnen vom „Lübecker Volksboten“ die Wahrheit gesagt wird. Hilft's??

pb Jungenfreunde. Eine Anzahl Schulknaben sind zur Anzeige gebracht worden, weil sie in der Militärbaracke an der Fackelburger Allee Fenstercheiben eingeworfen haben.

pb Gestohlen wurden in einer Fabrik einem Moislinger Arbeiter angeblich 5 Mk.

Neuzeitlich. Wozu der Lärm? Eine Prinzessin aus der Strelitzer Fürstenfamilie gedenkt einen Prinzen von Montenegro zu ehelichen. Dazu ist erforderlich, daß sie zur katholischen Religion übertritt. Aus diesem Anlaß hat die gesamte Geistlichkeit von Mecklenburg-Strelitz eine Erklärung an den Großherzog verfaßt, die das tiefste Bedauern über den bevorstehenden Konfessionswechsel ausdrückt. Wir verstehen „die gesamte Geistlichkeit“ nicht. Hauptsache ist doch, daß die Weiden sich leiden mögen; und das thun sie doch jedenfalls. In hohen Regionen giebt es doch nur Liebesheirathen, da braucht man doch nicht nach Geld zu sehen.

Sternschau-Biermarkt.

Hamburg, 29. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut. Ingefaßt wurden 310 Stück. Preise: Verlandtschweine, schwerer 46—48 Mk., leichter 50—51 Mk., Sauen 41—44 Mk., und Ferkel 47—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Missständen sich auf unser Blatt zu berufen.

Zu vermieten ein Logis für einen jungen Mann Engelstraße 22/23.

Ein Logis zu vermieten Wlkestraße 90.

Lehrmädchen resp. junge Verkäuferinnen finden dauernde Stellung bei **Paul Brinn & Co.**

Gesucht eine Wohnung für ein älteres Kind. Ehepaar v. 2 ev. 3 Zimmern m. Zubeh. zum 1. Juli oder später in der Nähe d. Neutertrug. Off. u. N. N. an die Exped. d. Bl.

Schneiderin wünscht Beschäftigung im Hause in Damen- und Kinderarbeiten. Kadenburger Allee 61, 1. Et.

Ein noch guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Preis 8 Mark. Mariesgrube 66, 1. Et.

1 fast neue Zähl. Bettstelle m. Matratze billig zu verkaufen. Bankstraße 13.

Kaninchen sind zu verkaufen Augustenstraße 21 a.

Zu verkaufen zwei Kinderwagen Schwettauener Chaussee 25 a, 1. Et.

Eimerbier jeden Dienstag und Freitag Abend. Herm. Uter, Fildersgrube 68.

H. Meiereibutter empfiehlt **H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,** Fischersgrube 61.

Glückslose zur 1. Classe 316. Hamburger Staats-Lotterie
Ziehung: 21. Juni 1899
empfehlen
1/4 1/2 1/4 1/4
75 Pfg. 1.50 Mk. 3 Mk. 6 Mk.
die staatlich concessionierte Lotterie-Gesellschaft von
Paul Würzburg
Lübeck, Markt 14.
Fernsprecher 274.

Visit-Karten auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.



Per **Süddeutsche Postillon**
jämmer.-seitiges Arbeiterblatt.
Erscheint alle 14 Tage.
Original illustriert. Preis 10 Pfg.

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

am Donnerstag den 1. Juni 1899

Abends 8 1/2 Uhr
in den Centralhallen.
Tages-Ordnung:

Berichterstattung vom Gewerkschafts-Congress.

Berichterstatter: Herr **W. Dammer.**
Diskussion.

Ein recht zahlreicher Besuch zu dieser Versammlung ist nothwendig.

Die Kartell-Kommission.

Einem geehrten Publikum Lübecks, speciell den Anwohnern von St. Lorenz, die ergebene Mittheilung, daß ich am heutigen Tage

Dornestraße 29, Ecke der Brüderstraße,
ein

Drogen-, Farben-, Colonialwaaren-, Seifen- und Parfümerie-Geschäft

eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Lieferung nur guter Waare zu soliden Preisen mir die Gunst des Publikums zu erwerben und bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Johs. Becker.

Lübeck, den 30. Mai 1899.

Feuerlösch- Bomben, Dutzend 40 Mark.
Überall leicht zur Hand.
The Fire Extinguisher Co., Berlin, Plan-Ufer 88.

A. L. MOHR'sche neue Margarine
„MOHRA“

spritzt nicht, wie andere Margarine
bräunt genau, wie feinste Naturbutter
schmilzt genau, wie feinste Naturbutter
duftet genau, wie feinste Naturbutter
ist genau so ausgiebig, wie feinste Naturbutter
ist genau so fettschmeckend, wie feinste Naturbutter.

Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“ an jedem Gebinde sichtbar ist.

Briefbogen u. Briefumschläge

empfehlen die
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Zur Beachtung

für
alle Gewerkschaften und Vereine
deren Bestreben darauf gerichtet ist, den Mitgliedern einen guten Lesestoff sowohl zur **Bildung als Unterhaltung**

zu bieten. Deshalb ist es sehr nothwendig, daß stets an die Ergänzung der bereits vorhandenen Bibliotheken gedacht und wo dieselben noch nicht vorhanden sind, ungesäumt solche eingerichtet werden; denn eine

gute u. reichhaltige Bibliothek

ist für jeden Verein von großer Bedeutung und ist jedes Mitglied in den Stand gesetzt, Werke, deren Anschaffung persönlich manchem zu schwer wird, leihweise aus der Vereinsbibliothek zu entnehmen.

Unsere Buchhandlung empfiehlt deshalb zu diesem Zwecke

alle socialpolitischen und wissenschaftlichen Werke

sowie

Unterhaltungslitteratur aller Art

sodas jeder damit zufrieden gestellt werden kann.

Bei direktem Bezuge für Bibliotheken gewähren wir allen

Vereinen und Gewerkschaften

einen bedeutenden Rabatt und ersuchen alle geehrten Vorstände der Vereine u. sich zur Neuanschaffung resp. Ergänzung recht bald zur entschließen, um für den Winter, wenn die langen Abende sind und die Zeit des Lesens hauptsächlich da ist, den Mitgliedern mit neuen Sachen entgegenkommen zu können.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.



J. C. H. Boy
Markthalle Stand 46-47

Empfehle täglich frisch eintreffend:

Frische Schellfische	Pfd.	25 Pf.
„ Schollen	„	40 „
„ Kleis	„	50 „
„ echte Rothzungen	„	50 „
Feinste Fischkarbonade	„	50 „
„ Steinbutt	„	100 „

Lebende Krebse.
Fernsprecher No. 115.

Ortskrankenkasse Lübeck

Vom 1. Juni d. Js. ab sind als Kassendirekteur neuangestellt worden die Herren:

Dr. med. Heddinga, Hüftr. 20,
„ „ **Pee, Hüftr. 13, I.**
„ „ **Stoffer, Cronsf. Allee 6.**
Der Vorstand.



Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag den 1. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
Abnahme des Banners.
Das Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht.
Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Monats-Versammlung
am Dienstag den 30. Mai
Abends 8 1/2 Uhr
im Bürgerverein, Königstraße 25.
1. Berathung über den nächsten Sommer-Ausflug.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Bereinigung der Frauen und Mädchen Lübecks.

Einladung zum Tanzkränzchen mit Vorträgen am Sonntag den 4. Juni
in Stehr's Etablissement, 2. Wallstraße.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Damen 20 Pfg.

Tivoli-Theater.

Mittwoch den 31. Mai.
3. vollständige Vorstellung zu halben Preisen.
Großer Beifall. Auf allgemeines Verlangen.
Eine feste Burg ist unser Gott.
Volkschauspiel in 5 Akten von Arthur Müller.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

§ 153.

Wie unberechtigt das Geschrei über die angebliche Ver-gewaltigung der sogenannten Arbeitswilligen durch die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter ist, beweist die deutsche Kriminalstatistik. Die soeben erschienene Statistik für 1897 weist ganze 254 Verurtheilungen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung auf. Selbst für die schwersten Verbrechen, wie Mord und Todtschlag, wurden mehr Verurtheilungen ausgesprochen! Die Herren Staatsanwälte brachten 433 Arbeiter auf die Anklagebank wegen Vergehens gegen den krieglichen Para-graphen, aber fast die Hälfte davon, 209, mußten frei-gesprochen werden. Und nur über zwei der Verurtheilten wurde die schwerste Strafe, nämlich drei Monate Gefängniß, verhängt; 34 Verurtheilte wurden mit einem Monat und darüber bestraft und in allen übrigen Fällen erlitten den Gerichten eine Strafe von weniger als einem Monat als ausreichende Sühne.

Besonderes Interesse bietet eine Betrachtung der Ver-urtheilungen in den verschiedenen Oberlandesgerichts-Bezirken. An erster Stelle marschirt da Ham-burg mit 135 Angeklagten — es sind die Nachwehen des großen Patenarbeiter-Streiks vom Ende des Jahres 1896; — aber von diesen 135 An-geklagten mußten über die Hälfte, 75, freigesprochen werden. Von den 60 Verurtheilten wurden 15 mit Strafen von einem Monat und darüber belegt. Nicht minder thätig erwiesen sich die Staatsanwälte im Bezirk des Oberlandesgerichts Berlin. Sie brachten es auf 84 Anklagen, hatten aber da-mit noch weniger Glück wie die Hamburger; 51 der Ange-klagten wurden freigesprochen und von den 30 Verurtheilten konnten nur zwei mit einem Monat und darüber bestraft werden; bei 18 Verurtheilten erlitten die That schon mit Strafen von weniger als 8 Tagen Gehalt und 4 wurden sogar mit einem bloßen Verweise entlassen.

Mehr den Intentionen der Staatsanwälte entsprachen die Urtheile der sächsischen Gerichte. Mit 43 Ange-klagten marschirt Sachsen an dritter Stelle, aber mit 33 Verurtheilungen rückt es an die zweite Stelle; nur 10 der Angeklagten entgingen hier ihrem Schicksal. Dresden theilt sich auch mit Hamburg in das Verdienst, einen solchen Verbrecher zur höchsten Strafe, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt zu haben. Hier ist auch die Zahl der 8 Tage überschreitenden Verurtheilungen größer wie die darunter bleibenden Strafen. Der Bezirk Naumburg hat bei 30 Angeklagten 17 Verurtheilte und 13 Freigesprochene. Auffällig ragt auch der Bezirk Weimarer Kreise hervor, der bei nur 765 000 Einwohnern 14 Angeklagte und nur eine Freisprechung aufweist; allerdings bleiben 3 der Ver-urtheilungen unter 8 Tagen und auch die übrigen 5 erreichen 1 Monat nicht. Das ganze Königreich Württem-berg hat nur 6 Angeklagte und 5 Verurtheilte, von denen 8 unter 8 Tagen bleiben. Sehr vortheilhaft zeichnen sich auch die doch stark industriellen Bezirke der Oberlandesgerichte Aöln und Hamm, Rheinprovinz und Westfalen aus. Sie hatten trotz ihrer 7 1/2 Millionen Einwohner zus. nur 30 Anklagen und nur 19 Verurtheilte, wovon nur einer mit einem Monat, die andern darunter bestraft werden konnten. Gar keine Anklagen hatten Augsburg, Braunschweig, Kassel, Mariewerder und Oldenburg. Bamberg hatte zwar 2 Anklagen, beide aber führten zur Freisprechung.

Gespant darf man auf die „Entwicklung“ des § 153 in der Kriminalstatistik sein, wie sie das folgende Jahr zeigt. Im ersten Halbjahr 1898 dürfte die Zahl der Verurtheilten ungefähr denen des Vorjahres entsprechen. Dann aber wird, ungefähr seit den Tagen von Deunhausen, die Zahl der Verurtheilungen steigen. Daß dies auf eine plötzliche Zu-nahme der Ausschreitungen der Arbeiter zurückzuführen

wäre, wird man — ohne an ein Wunder zu glauben — nicht annehmen. Wir möchten bei den Bearbeiter der Kriminalstatistik anregen, ob es sich nicht empfiehlt, für das Jahr 1898 die Verfehlungen wider den § 153 nach den beiden Halbjahren gesondert zur Dar-stellung zu bringen. Es würde damit ein sehr werthvoller Beitrag zur Psychologie des Rechtsbewußtseins ge-boten werden.

Jedenfalls beweist die verschwindend geringe Zahl der Verurtheilungen aus § 153 und noch mehr die verhältniß-mäßig große Zahl der Freisprechungen, daß auch nicht der mindeste Anlaß vorlag, die große Fuchthausaktion gegen den „Arbeiterterrorismus“ in's Werk zu setzen. Es wird ferner damit bewiesen, wie unfere Regierung — ohne ein irgend wie zulängliches Material — rein aus unklaren Stimmungen und allzu großer Rücksichtnahme auf maßlose verbündete Wünsche von einflussreichen Unternehmungskreisen geschwehri-sche Verurtheilungen anstellt, die die Wirkung haben müssen, das Volk in den tiefsten Tiefen zu erschüttern.

„Vorwärts“.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Erfurter Zimmererausstand ist schon wieder beendet, und zwar haben die Anstehenden ihre Forderungen durchgesetzt. Der Minimallohn pro Stunde ist von 31 auf 38 Pfennig erhöht worden, und zwar wird dieser Lohn in allen Geschäften Erfurts garantiert. Besonders wichtig ist es auch, daß seitens der Arbeitgeber die Organisation der Zimmerer offiziell anerkannt worden ist, indem eine aus Arbeitgeber und organisierten Arbeitnehmern gleichmäßig zusammengesetzte Schlichtungskommission zur Schlichtung eventueller Streitfälle eingesetzt worden ist. Der rasche und erfreuliche Erfolg ist auf die vorzügliche Organisation der Zimmerer zu setzen, die ca. 98 Prozent aller am Ort arbeitenden Berufsangehörigen umfaßt. Die Barbiergehilfen in Borsbeim beabsichtigen in eine Lohnbewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und Schluß der Geschäfte an einigen Feiertagen einzutreten. Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

Vom internationalen Bergarbeiterkongress in Brüssel. Einstimmig wurde noch auf dem Kongress be-schlossen, die Kohlenproduktion und besonders die Ueber-produktion international zu regeln. Sicher auch die Ueber-produktion den Arbeitern Mehrverdienst, so geben doch die Kohlenbestände den Beden die Kraft, den Arbeiterforderungen entgegenzutreten. Der ständige internationale Ausschuß er-hielt den Auftrag, dem nächsten Kongresse die geeigneten praktischen Vorschläge zu unterbreiten. Der Kongress forderte vom Staate die Errichtung von Pensionskassen und aus-reichende Pensionen für die Bergarbeiter.

Internationaler Arbeiterkongress zu Paris 1900. Die vorbereitende Konferenz in Brüssel war be-sucht von Belgien, Dänemark, England, Deutschland, Frank-reich, Holland, Oesterreich, Rußland, Polen, Amerika. Das Londoner Kongressbureau übergab das Mandat für die Organisation des Kongresses an das Pariser Komitee, vor-behaltlich dessen Zustimmung zu der hier festgesetzten Ein-ladungsform. Nach dem Londoner Kongressbeschluss sind als Tagesordnung vorgeschlagen 11 Punkte; als Zeitpunkt für die Tagung ist Juni oder September vorgesehen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Durch Selbstentzündung von Stein-kohlen entstand in dem Chemiesaal der Realschule in Steglitz eine Explosion, welche fast sämtliche Apparate vernichtete und die Fenster aus den Höhlungen riß.

Es wurde Niemand verletzt. Ueber 4000 Kreuz-oltern sind, wie die „Abol. Jg.“ berichtet, im Laufe des vergangenen Jahres im Regierungsbezirk Pöls in Gefangen worden, wofür an Prämien mehr als 11 000 Mk. aus der Staatskasse gezahlt worden sind. — Eine schwere Blut-that ist nach einer Meldung aus Graubünd am Dienstag früh in der dortigen Gefangenen-Anstalt verübt worden. Ein wegen verurtheilten Todtschlages zu 14 Jahren Zuchthaus verurtheilter Häftling hat den von seinem Regi-ment zur Probefeldleitung kommandirten Aufseher Mast mit einem bei der Bürstenfabrikation gebrauchten schweren Messer plötzlich hinterücks über den Kopf geschlagen und ihm die obere Schädelbede zertrümmert. Der Ueberfall geschah ohne jeden Beweggrund. Der Verwundete ist zwar schwer verletzt, hat aber die Besinnung nicht verloren. — Bei dem Einsturz einer Mauer wurden in Borsum zwei in jugendlichem Alter stehende Arbeiter verschüttet. Die Ver-unglückten wurden todt unter den Trümmern hervorgeholt. Durch vorzeitiges Entladen eines Sprengschusses in einem Steinbruch bei Tröbigan (Sachsen) wurden zwei Arbeiter getödtet. — Eine Explosion fand Freitag Vormittag in der der „Société française“ gehörenden Patronenfabrik zu Sevres statt, wodurch acht Personen, unter ihnen zwei schwer, verletzt wurden. Durch ein großes Feuer sind am Freitag in Conen-Island, dem beliebten Badeort und Begünstigungsort der Einwohner von Newport, 200 Häuser zerstört worden. Der angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Dollars geschätzt.

An der Wende des Jahrhunderts! Vor der Straf-tammer zu Erfurt hatte sich am Freitag die oft bestrafte Ehefrau des Schuhmachers Schulz wegen Betrugs zu ver-antworten. Die Verhandlung ergab ein Bild ungläublicher Leichtgläubigkeit. Die von der Angeklagten betriebene Spezialität ist „Flaschenstellen“, d. h. mittels dieses Zauber-mittels werden liebebehafteten Damen die ungetreuen Bräu-tigams wieder tren, die kranken wieder gesund. Die ge-rufenen Opfer waren ausschließlich Dienstboten aus besseren Häusern, bei denen sich die Angeklagte als Waschfrau u. einführte und bei welchen das Rezept probirt wurde. Die Mädchen mußten eine Flasche mit einer gewissen von ihnen selbst in stiller Abgeschlossenheit produzierten, gelblichen Flüssig-keit füllen; in diese wurden dann Abschnitte von den Haaren und den Fingernägeln der Mädchen gethan, dann ließ sich Frau Schulz ein Zwanzigmarkstück geben, um es ebenfalls in das düstige mixtum compositum hinein zu legen. Die Flasche wurde dann im Walde vergraben. Nach sieben Tagen erhält das betreffende Mädchen eine Einladung, der Folge gefolgt werden muß, denn es handelt sich um den Bräutigam. Nach 13 Tagen wird die Flasche wiedergeholt, dann muß das Goldstück schwarz geworden sein. Ist dieses nicht der Fall, so entspricht die Flüssigkeit nicht der notw-wendigsten Bedingung: Produkt eines kenschen, unberührten Mädchens, eines Nüßgerleins zu sein. Sodann soll eigent-lich noch das betreffende Goldstück am Körper in den Armhöhlen getragen werden. Doch ist dieser letzte Fall nicht eingetreten, da Frau Schulz das Gold gar nicht zurück-brachte. Einem Mädchen, das sich bei einem Hauptmann in Stellung befand, war der Bräutigam untreu geworden. Es fiel der Schulz in die Hände und hat 2 Zwanzigmar-kstücke und ein Sparfassenbuch von 625 Mk. eingebüßt. Ein anderes Mädchen mußte 70 Mk. blechen, zwei weitere Dumme zahlten 13 resp. 38 Mk. für einen Schag. Die Angeklagte hatte ihren Opfern natürlich strengstes Stillschweigen geboten, nur durch anonyme Briefe kam die Sache an den Tag. Das Urtheil lautete auf 8 Jahre 40 Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Zur Moral der „obern Zehntausend“. Der „Hannoversche Kurier“ bringt folgende Annonce, die von der frommen „Kreuztg.“ als „unerhör!“ bezeichnet wird: „Die Frau eines höheren pensionirten

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(31. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Ihr wißt um mein früheres Leben, als wäre ich unter Euch aufgewachsen. Ihr wißt, daß ich ein Bastard bin und deshalb Furchtbares erleiden mußte. Aber Ihr wißt auch, wie diese Verfolgung, Dank meiner Mutter, für mich zum Guten ausfiel. Ihr war es klar, daß jenes Herz vergiftet ist, welches nicht mehr an die Gerechtigkeit auf Erden glauben kann, und darum brachte sie sich selbst zum Opfer, mir diesen Glauben zu erhalten. Nachdem ich eine gräßliche Versuchung siegreich bestanden und mir die Freundlichkeit der Menschen erobert, ward mir dieser Glaube zur festesten Ueberzeugung. Ja, Ihr Leute, recht wie ein herrliches Adergut, wie eine Mustervirtuosität er-schienen mir diese Erde: Jeder hat seine zugewiesene Arbeit und erhält seinen Lohn, je nachdem er sie leistet, und auf Ordnung, Pflichttreue und Gerechtigkeit ist Alles gebaut!“

Wer Solches im Herzen und Hirne trägt, kann nie unglücklich werden, auch wenn die Trübsal über ihn nieder-hagelt, wie ein Gewitter um Maria Himmelfahrt. Wohl kam schweres Leid über mich, aber ich ertrug es standhaft, zuerst die Krankheit und den Tod meiner Mutter, dann die Heimkehr des Vaters. Die erste Prüfung that meiner Seele weher, aber leichter verward ich sie doch, als den Verkehr mit dem Bagabunden, wie ja auch der Körper besser von einer überaus schmerzhaften Schußwunde genes, als von einem widrigen, langwierigen Fieber. Wie ich es mit meinem Vater hielt, wißt Ihr Al. Auch Ihr habt es mir als Edelmut angerechnet, aber es war nur Gerechtig-keit, Vergeltung jener Opfer, die mir meine Mutter gebracht. Er leugnete es, mein Vater zu sein, das gute Angedenken der Toten stand auf dem Spiele, darum nahm ich alles Opfer auf mich, darum konnte ich die Last ertragen, ohne

aufzustöhnen oder gar zusammenzubrechen, und mein Sinn wurde ernst, jedoch nicht traurig. Denn ich litt ja um der Gerechtigkeit willen und lernte sie eben deshalb doppelt ehren und lieben.

„Als der alte Mann starb, da jauchzte ich nicht. Mir war damals zu Muth, wie etwa einem jener Knechte, die ihr Leben lang das Salz in mächtigen Bäden von hier nach Ungarn tragen und auf dem Heimwege ungarischen Tabak hierher. Der arme Mann trocknet sich die Stirne, wenn er wieder einmal an's Ziel gelangt; er ist zufrieden, daß er das Salz richtig abgeliefert, aber er jubelt nicht, denn er weiß, daß er am nächsten Morgen den Tabakballen auf seine Schulter wird laden müssen, welcher nicht minder schwer ist, obwohl er sich anders anfühlt, als das Salz. Ja, Nachbarn, so jung ich war, ich begriff es vollkommen, daß in unserem Leben nur eben die Lasten wechseln, und fand es so recht und billig. Darauf war ja die Ordnung auf Erden gegründet! Nur die eine, die einzige Erleichter-ung wollte ich mir gönnen, meinen Pack künstlich anderswo zu tragen, als bisher; mir war's, als würden mir in Aidova ewig jene Laute im Ohr nachklingen, welche mich so sehr gefoltert, die heiseren Schimpfreden und das Hohn-gelächter meines Vaters. Man kann es ja auch an vielen Thieren im Walde gewahren: wenn man ihnen ihre Heim-stätte zerstört, so bauen sie dieselbe von Neuem, aber wenn man sie ihnen beschmüht, dann wandern sie aus. So suchte denn auch ich mir anderwärts einen Dienst und der Zufall brachte mich hierher.“

„Ich kann nicht ohne Wehmuth daran zurückdenken, wie ich damals war. Ein fleißiger Knecht, in jeder Ader- und Viehwirtschaft durchaus tüchtig und erfahren, in jeder Gewohnheit ehrbar und gefestigt. Von den Freunden des Lebens wußte ich nichts. Ich hatte nie einen Raufsch gehabt, nie einen Genossen im Ringkampf bezwungen, nie ein Mädchen in Liebe geküßt. Aber arm fühlte ich mich deshalb nicht. Denn ich genoß zumeist ungetrüb, was mir damals als höchste Freude erschien, die volle Zufrieden-

heit mit mir selbst. Warum auch nicht? Ich that ja meine Pflicht, ich war ja gerecht und hatte sogar um der Gerechtigkeit willen gelitten! Hierzu kam, daß ich mich völlig in der Hand hatte, so weit dies eben einem sündigen Menschen möglich. Ich wußte, daß dieser Taras, welcher durch eigene Kraft aus einem verachteten Bastard ein geachteter und der Achtung würdiger Mann geworden, Zeit seines Lebens pflichteifrig, hilfreich und gerecht bleiben, nie einen Frevel dulden, aber auch nie absichtlich Böses mit Bösem vergelten werde. So fühlte ich mich für alle Zeit gefestigt und geborgen; ich konnte mich nimmer selbst ver-lassen, und ebenso wenig konnte mir die Welt jemals lügen. Denn sie ruhte ja fest, so weit mein Auge blickte, breit und sicher, auf Recht und Gerechtigkeit auf-gebaut!“

Er athmete tief auf, ein wehmüthiges Lächeln suchte um seine Lippen. „Ihr dürft Euch nicht beklagen. Nachbarn, ich habe Euch darauf vorbereitet, daß Ihr auch mein Lob werdet anhören müssen. Aber seid getroßt, auch an Adel wird es nicht fehlen und den schwersten Tadel muß ich schon von jenen Tagen her gegen mich erheben. Mein Selbstgefühl war weitaus stärker, als dies durch meine Tugenden und Erfolge gerechtfertigt war. Ich hielt mich nicht bloß für einen tüchtigen Menschen, was ich ja voll-und durch, sondern für den tüchtigsten meines Alters und Standes. Dieser häßliche Wahn war ebenjso natürlich in mir entstanden, wie meine Tugenden; durch meine Schick-sale, durch meine Erfahrungen. . . . Wer einen überaus steilen Berg zu erklimmen hat, muß sich für stärker und ge-schickter halten, als er ist, weil ihm sonst der Muth fehlen würde, den Anstieg zu wagen, oder doch sicherlich der Muth, ihn zu vollenden. Und nun gar erst, wenn er allein gehen muß!“

„Der Daumen hält sich für mehr, als die übrigen vier Finger zusammen“, pflegte unser gottseliger Vater Martin zu sagen, eines der wenigen vernünftigen Worte, die ihm noch aus seiner guten Zeit geblieben waren.

„Ihr werdet erkaunt sein, daß ich mich gerade dieses

Offiziers, Mitte der Vierziger, von angenehmem Aussehen, mit Baarvermögen von 90 (N) Mark, wünscht, daß ihr jetziges Leben seit Langem unerträglich, die Bekanntheit eines höheren Offiziers oder hohen Beamten (Junggefallen) mit gleichem Vermögen, bezw. Gehalt als Freund und Rathgeber behufs späterer Verheirathung. Nur Offerten mit Wohnort und voller Namensunterschrift werden berücksichtigt. Diskretion unbedingt sicher.

Ein Wolfenbruch, wodurch die Wulde in einen reißenden Strom verwandelt wurde, ist Donnerstag Nachmittag in der Ortschaft Kaufungen niedergegangen. Mehrere Brücken sind eingerissen, Bäume entwurzelt und auch großer Schaden in Feld und Wald angerichtet. Am Freitag war Hochwasserfahr aus dem Gebiet von Schöpsan und der Zwickauer Mulde signalisirt. In Nachmittags wies die Wulde am Freitag einen Wasserstand von 2,85 Meter auf.

Glänzendes Glend. Einen bemerkenswerthen Vortrag über: Die Bühnenkünstlerin in ihrem Verhältnis zur modernen Frauenbewegung hielt in Dresden die Hofschau- spielerin Fräulein Nina Wardon. Auch im Bühnenleben so führte sie aus -- werde wie gegenüber der Lohnarbeiter- schaft nach dem Grundfaktoren verfahren, daß der weibliche Arbeiter schlechter bezahlt werden könne als der männliche. Die Aufgangsgage bei einer Schauspielerin betrage 100-150 Mk. Dieser Betrag reiche bei Weitem nicht zur Beschaffung der Kostüme. Selbst die Gage bedeutender Künstlerinnen reiche im Durchschnitt nicht zur Beschaffung der Toiletten. Es müßte dafür nicht selten in einer Woche so viel ausgegeben werden, wie in einem halben Jahre verdient werde. (1) Die Befestigung des sogenannten Kostümparagraphen der Vereins- sätze (zu denen nur bessere Theater zählen) sei dringend notwendig. Dieser Paragraph verpflichte die weiblichen Bühnenmitglieder, die Kostüme auf eigene Kosten anzuschaffen, während den männlichen die historischen vom Theater ge- liefert werden. Eine Schauspielerin aber, die den Toiletten- luxus nicht mitmachen könne, könne trotz ihres Könnens nie vorwärts. (2) Die Konsequenzen dieses Kostümparagraphen bedeuten eine Sanktionierung des Dirnenthums. Eine Schauspielerin habe auf den Hinweis, daß ihre Gage nicht zur Beschaffung der Toiletten ausreiche, vom Direktor die Antwort bekommen: „Na, Liebes Kind, wir haben doch zwei Kavallerieregimenter in der Stadt.“ (3) Ebenfalls unverlässlich sei der sogenannte Paragraf, der ganz klar sage, daß, sobald eine Künstlerin eine eheliche Frau geworden, für eine bessere Bühne sie nicht mehr taugte. In der sich an die interessanten Aus- sührungen anschließenden Diskussion forderte die bekannte Frau Marie Stritt zur Organisation der Schauspielerinnen auf. Die Versammlung war vom Verein „Rechtsschutz für Frauen“ einberufen.

Stechnadeln in der Semmel. Das Reichs- gericht hatte kürzlich die fonderbare Frage zu entscheiden, ob eine Semmel dadurch, daß eine Stechnadel in sie hinein- gesteckt wird, die Eigenschaft eines gesundheitsgefährlichen Nahrungsmittels erhält. Die Austrägerin eines Bäcker- meisters hatte einem Herrn, dem sie Semmeln zutragen mußte, zu drei verschiedenen Malen in je eine dieser zum Essen bestimmten Semmeln eine Stechnadel derartig gesteckt, daß sie von außen nicht sichtbar war; beim Entzweibreißen der Semmeln sind die Stechnadeln jedesmal entdeckt worden. Die wegen dieser Stechnadelattentate angeklagte Frau war freigesprochen worden, weil nach Ansicht der Strafkammer weder grober Unfug, noch § 229 (Verbringung eines Stoffes, welcher die Gesundheit zu zerstören geeignet ist) vorliege. Hierin hatte die Staatsanwaltschaft keine Gesetzesverletzung erblickt, sie hatte dagegen im Wege der Revision den weiteren Anspruch der Strafkammer bekämpft, daß auch der That-

bestand des § 12 des Nahrungsmittelgesetzes nicht vorliege. Das Reichsgericht hat nun aber auch bestritten, daß durch die Thätigkeit der Angeklagten im Sinne des Gesetzes ein „gesundheitsgefährliches Nahrungsmittel“ zur Entziehung ge- langt sei. § 12 des Gesetzes setze immer voraus, daß der zu einem unschädlichen Nahrungsmittel hinzugeführte schäd- liche Stoff ein wirklicher Bestandteil des Nahrungsmittels selbst wird. In dem hier in Rede stehenden Falle blieb das Nahrungsmittel nach wie vor die Semmel; das Hineinstecken der Nadel machte die Semmel zu keiner nach irgend einer Mischung anders gearteten Semmel, zu keinem für den Genuß minder tauglichen Nahrungsmittel. Nicht sie, sondern der in sie eingeschobene Fremdkörper war es, der eine gesund- heitsgefährliche Wirkung zu diesem vermochte, wenn er in den menschlichen Organismus eingeführt wurde. Vor dem Gesetze liegt dieser Fall nicht vertrieben von dem, wo etwa eine Stechnadel äußerlich lediglich der Semmel angehängt, ihr angeheftet wäre, oder wo etwa in ein flüssiges Nahrungs- oder Genussmittel, einen Teller Suppe oder eine Tasse Kaffee eine Stechnadel hineingeworfen wäre. Solche Fälle seien bei Erlaß der Strafbestimmung in § 12 des Nah- rungsmittelgesetzes nicht im Auge gefaßt worden, viel- mehr hat dieses Gesetz Fälle der vorliegenden Art als durch die sonst bestehende Gesetzgebung ausreichend getroffen an- gesehen.

Todesmarche kommen auch in Frankreich vor; auch dort gibt es „schneidige“ Offiziere, die gerne einige Tugend „Merks“ opfern, um mit einer außergewöhnlichen Marich- leistung zu prunken. Die „Petite République“ hatte im vorigen Sommer einen eingehenden Bericht gebracht über einen solchen Todesmarsch, der vom Oberst Dufau des in Cahors garnisonirenden Regiments veranstaltet wurde. Das Blatt belegte den Oberst mit den für ihn passenden Titulaturen, die allerdings nicht ganz parlamentairlich sind. Daraus schloß der Oberst sich gekränkt und veranlaßte, daß dem sozialistischen Blatte der Prozeß gemacht wurde. So stand nun dessen „Verantwortlicher“ Albarran am 25. v. M. vor dem Schwurgericht in Cahors. Zahlreiche Offiziere und andere „Patrioten“ hatten sich im Zuschauerraum eingefunden, aber auch eine Menge Bauern, deren Söhne in dem Regiment dienen. Als der Vertheidiger Tibaroz darauf hinwies, daß die in der „Petite République“ geschilderten Vorgänge wahr und in Cahors allgemein bekannt seien, brachen die Bauern in Beifallsruhm aus. Eine Zengen- vernehmung fand gar nicht statt, da die Vorkommnisse als notorisch anerkannt wurden. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfrage und unter dem donnernden Applaus der Landleute wurde der sozialistische Redakteur freigesprochen, während der Oberst und seine „patriotischen“ Freunde sich in sehr gedrückter Stimmung entfernten. Auf der Strafe wurden dem Redakteur begeisterte Ovationen dargebracht, an denen sich die ganze Bevölkerung von Cahors betheiligte.

Schweres Grubenunglück. Zu dem stollenbergsper- Betrawskaja hat eine Explosion schlagerender Wetter statt gefunden; 22 Leichen wurden hervorgezogen. 35 Berg- arbeiter werden noch vermisst, und man befürchtet, daß die selben gleichfalls ungetommen sind.

Wie die Fische schlafen, darüber berichtet uns Dr. Theodor Veer in der „Allgemeine Fischerei Zeitung“ auf Grund seiner in der Zoologischen Station zu Neapel ge- sammelten Erfahrungen. Zunächst ist die Behauptung, daß die Fische schlafen, überhaupt nicht unbestritten. Die Gegner dieser Ansicht halten sich an die Beobachtung, daß ein Fisch sich in ganz wachem Zustande vollkommen ruhig und regungs- los verhalten könne. Aber auch ein mit geschlossenen Augen in wachem Zustande, aber ruhig daliegender Mensch kann bei oberflächlicher Betrachtung von einem Schlafenden nicht unterschieden werden. Allerdings hat die Physiologie durch einen ihrer hervorragendsten Vertreter, Professor Angelo Mosso

in Turin, festgestellt, daß ein Mensch sich doch nicht schlafend stellen kann, ohne daß die Täuschung auf einem sicheren Wege ermittelt werden könne. Während sich nämlich in wachem Zustande die Athmungsbewegungen bis auf den Bauch und das Zwerchfell ausdehnen, kommt letzteres im Schlaf zur Ruhe, der Schlafende ist also daran zu erkennen, daß er nur mit der Brust athmet. Ein ähnlich äußerlich erkennbares Merkmal ist für die Fische noch nicht bekannt, doch könnte es sich vielleicht bei genügender Aufmerksamkeit finden lassen, z. B. in einer geringeren Häufigkeit der Athembewegungen. Immerhin ist schon die vollkommene Ruhe, die sich bei den am Tage so unruhigsten lebhaften Fischen bei Eintritt der Dunkelheit einstellt, auffällig. Sie schlafen dann stunden- lang auf demselben Ate: in einem Winkel über einem Fels- brocken, neben einer Wasserpflanze, oder auf dem Grunde, auch die sonst ruhelosen Augen bewegen sich nicht mehr. Man darf freilich nicht erwarten, daß alle Fische sich, wenn sie schlafen, auf den Bauch oder auf die Seite legen, sie können eben auch schlafend schlafen, gerade wie die Pferde stehend schlafen, denen Dr. Veer die Klossen beschneiden hatte -- die fibrigen ebenso reich nachwachsen wie anderen Thieren die Haare -- schliefen leise durch das Wasser, die Köpfe nach unten gerichtet. Am Tage liegen sie, wie man an den kleinen Maiken und Hundshaien in den Aquarien beobachten kann, gewöhnlich in tiefem Schlaf. Wenn das übrige Fisch- volk zur Ruhe geht, mit Einbruch der Dämmerung, werden sie lebendig. Dann sind die am Tage so trägen Thiere wie verwandelt: mit weit geöffneten Pupillen, mit prachtvoll gelb glühenden oder röhrenförmig graugelben leuchtenden Augen schließen sie ruhlos durch das Wasser, den schlagenartigen Leib in eleganten, kräftigen Windungen bewegend, hin und her jagend und gierig nach Beute spähernd. Erst am Morgen, wenn die Anderen erwachen, verfallen sie in Müdigkeit und Schlaf.

Heiteres. Unter Math. In einer kleinen nord- deutschen Stadt wurde „Mein Leopold“ gegeben. Das Publikum folgte den Vorgängen auf der Bühne mit großem Interesse und wachsender Spannung. Besonders auf der Gallerie wurde eifrig darüber hin und her gestritten, ob Leopold sich wohl schließlich noch bessern würde oder nicht.

Eindlich kam die Scene, wo der Alte gebrühen mußte und einen verzeihlichen Monolog darüber hält, was nun aus seinem Sohne werden soll.

Athemlos Aufregung unter den Zuschauern. Alles ist ganz Mitgefühl für den gramgebeugten Vater. Da schallt plötzlich eine wuthbebende Stimme von der Gallerie her- unter: „So lat dal Nas doch Agent waru!“

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 31. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Tron, schon, wenn? Völkerecht und Militarismus. Von A. Marski. II. Eine Nachlese. Von Franz Mehring. III.

Die preussische Berginspektionsreform. Von Heinrich Möller. Litterarische Mundschau. Rezensionen: Er- innerungen eines Achtundvierziger. (Fortsetzung.)

Welchen Werth hat die Bildung für die Arbeiterin? Von Wallu Zepfer. Nicht für Er- gänzung der mangelnden Schulbildung, nicht für systemati- sches Eindringen in einzelne Wissenszweige tritt die Ver- fasserin ein, sondern für die Erziehung zur selbständigen, geistigen Kritik durch Interesse-Erweckung am großen Kampf für geistige und soziale Befreiung der Arbeiterklasse auf den verschiedenen Gebieten des modernen Kulturlebens. Die Kennzeichnung des Kampfgebietes und der Aufgaben, welche unserer Frauen-Agitation in dieser Hinsicht gestellt sind, ist in klarer und fesselnder Darlegung gegeben und dürfte daher die kleine Schrift, die nur 10 Bfg. kostet, weiten Kreisen willkommen sein.

Laster's anlage! Und wenn ich jetzt unter Euch Allen Un- frage halten würde, wer von mir ein hochmüthiges Wort, eine hochmüthige That zu berichten wüßte, es fände sich Niemand. Oh der Heuchler, werdet Ihr denken, wie lange hat er uns betrogen und belogen! Aber beim Allmächtigen, so erklärt sich dieser Widerspruch nicht! Es kostete mich nicht die geringste Mühe, still und sanft zu sein und gegen jeden Menschen, zuerst in Aidowa, dann in Zulawce, freundlich und dienstfertig. Nein, ich folgte da meinem innersten Wesen, und nur das Gegentheil hätte mich Mühe gekostet. Denn der Hochmüth, den ich besaß -- oder nein! der Hochmüth, der mich besaß, war eben von ganz besonderer Art. Ich wenigstens habe keinen Menschen gefunden, der einen ähn- lichen Herrn und Herrscher in seinem Hien mit sich durch's Leben getragen hätte. Auf Schritt und Tritt war ich mir bewußt: „Dieser Taras Barabola ist ein tüchtiger, braver, gerechter Mensch. Es ist mir eine rechte Freude, daß er ist -- ich selbst bin“. Also ein glücklicher Mensch, werdet Ihr glauben, ewig heiter und ewig das eigene liebe Seelchen freudig und liebstens! . . . Wieder ein schwerer Zer- strom! Mein Hochmüth hat mir oft und immer wieder bitteres Leid gebracht: wenn ich mein eigen Thun betrachtete, und das der Anderen. „Kein Mensch ist eine Kirchenthür“, sagt unser Sprichwort. Auch ich hatte Fleisch und Blut, auch ich gerieth zuweilen in Fehle und Sünde. Es waren freilich nur kleine Sünden, über die ein Anderer -- und er hätte deshalb noch nicht böse oder verstockt sein müssen -- gelächelt hätte. Mir erschienen sie überaus peinlich und drückend. Aber keine Sorgsamkeit, kein guter Vorjah schützte mich gegen sie; der Mensch bleibt mir eben ein Mensch, und wer auf der staubigen Erde wandelt, kann sein Kleid unmöglich ganz blank erhalten. Der Mann, der sich über- haupt nachlässig trägt, kann auch ein wenig Staub mehr oder weniger ungerührt auf seinem Gewande sehen, aber wer sich gleichsam stündlich im Spiegel besieht, muß jedes Staubkorn wie eine Last empfinden. So habe ich, gerade um meines Hochmüths willen, an meinen kleinen Sünden schwerer ge- tragen, als Manche an ihren großen, und konnte sie auch viel schwerer fühnen.

Aber auch die schlimmen Gewohnheiten der Anderen quälten mich oft und viel. Mir machte es -- ich greife den Fall heraus, der sich am häufigsten begeben -- stets eine qualvolle Empfindung, wenn einer meiner Bekannten ein Säufer war und all seine Lebenskraft zur Schänke trug, um dafür sein gutes Geld dort zu lassen. Die Anderen waren so klug, sich um die fremde Angelegenheit

nicht zu kümmern, mir aber ließ mein Hochmüth keine Ruhe: „Wozu bist Du ein trefflicher Mensch, als damit Du hier mahnen und helfen sollst?! Wozu bist Du, Taras, so ver- unüthig, sparsam und nüchtern, als damit Du ein Beispiel wüßest für diese armen Thoren?!“ Und ich mußte etwas thun, den Mann zu bekehren, mein Hochmüth zerwühlte mir sonst die Seele, und wenn mein Rettungsweg mißglückte, wie dies ja in den meisten Fällen so kam und kommen mußte, dann war ich sehr betrübt, ich kam mir selbst schlecht und dumm vor, weil ich nichts erreicht. Mehlisch erging es mir, wenn ich bei Anderen irgend eine Trägheit und Un- geschicklichkeit in der Arbeit sah. Ich näherte mich dem Manne, sanft und sachte, und suchte ihm sein Ungeschick zu benehmen, ohne seine Eitelkeit zu verletzen. Das glückte auch in den meisten Fällen, denn erstens sprechen die Menschen mit ihren Freunden doch lieber über das Pflegen und Käber- züchten, als darüber, ob es schicklich ist, alknächtlich in der Schänke liegen zu bleiben oder einer armen dummen Dine den Kopf zu verdecken, und zweitens blieb mir ja hier -- die eigene That! Wenn der träge Nachbar mit seiner Arbeit nicht fertig wurde, so konnte ich sie ja für ihn zu Ende bringen; der Tag ist lang, und man braucht deshalb der eigenen Arbeit keinen Abbruch zu thun. . . . Ja, auch dies that ich oft, und wenn es auch zuweilen aus Mitleid geschah, in den meisten Fällen war es doch nur der Hoch- müth, der mich für Andere arbeiten ließ.

„Sprich nicht so!“ unterbrach ihn eine ältliche, er- regte Stimme. „Sprich nicht so! Es ist eine Unwahr- heit und Verhöhnung gegen Dich selbst! Wie kannst Du diese Handlungsweise hochmüthig nennen? Wie kannst Du mit dem Namen eines Laster's belegen, was seltene Tugend ist?“

Es war Vater Leo. Todtbange im Gemüthe, von dem Fieber des Mitleids und der Angst geschüttelt, hatte er die Rede des Freundes angehört. Er allein deutete es recht, als Taras davon sprach, daß er sich von den Menschen scheiden müsse, „welche im Frieden wohnen“, und nun ward es ihm klar, daß ihn jene fürchtbare Ahnung, die ihn bei der Erzählung des Aechtes Zenilian überkommen, nicht be- trogen. Aber was thun? -- was thun?! Alle Fibern seiner ehrlichen Seele spanten sich schmerzhaft, und sein Hien mühte sich vergeblich ab nach einem rettenden Ausweg. „Ich halte das Verderben nicht auf“, murmelte er mit bleichen Lippen und drängte doch gegen die Bank hin, dem Freunde näher zu sein, wenn das entscheidende Wort fiel. Und wäh- rend er so klopfenden Herzens da stand und lauschte, zog noch

einmal an seiner Seele Alles vorüber, wie es sich mit Taras gefügt, und wie er es kommen gesehen, von jener Stunde, daß er ihn zuerst kennen gelernt, bei dem Empfange am Holz- brütlein über den Bruch, bis zu dem kurzen Gespräch in der verwischenen Nacht, bis zu jenem Schrei, der ihm noch immer in Ohren nachklingt, aber wie aus weiter, weiter Ferne herüberklingend -- wie Vieles war in den wenigen Stunden geschehen. . . .

„Es ist Alles gekommen, wie es kommen mußte“, seufzte er und beugte sein Haupt. Gleichwohl duldete sein leben- schaftliches Herz keine stumpfe Ergebung. Und konnte er nichts Anderes für den Freund thun, so wollte er doch nicht dulden, daß sich der Brave selbst ungerecht schmähe vor diesen Menschen, von denen die Weisheit den Einblick in ein so edles Gemüth nicht verdienten. Darum hatte er sich aufgerafft und war ihm in die Rede gefallen, obwohl er bei der tiefen Erregung des Mannes auf eine heftige Gegenrede gefaßt sein mußte.

Aber Taras blieb ruhig, er lächelte sogar, als er er- widerie:

„Nein, Hochwürdigster, ich weiß es leider besser, es war wirklich nur Hochmüth. So viel jedoch muß ich Dir aller- dings einräumen, daß der einzige Mensch, dem ich vor dieser Stunde mein Herz geöffnet und von diesem Laster erzählt, in denselben Zerthum verfiel, wie Du. Es war dies ein wackerer Landsmann in Wien, ein kaiserlicher Schreiber, der Herr Droza, und er sprach darüber Worte zu mir, die ich nicht wiederholen würde, wenn ich nicht eben ein Sterbender wäre. „Du frevelst“, sagte er mir, „denn weißt Du wohl, wen Du mit eines Laster's anklagst, wenn Du diese Eigenart Deines Herzens Hochmüth nennst? Keinen Geringeren als unseren Heiland, den Herrn Jesus Christus! Denn in diesem Sinn war auch er hochmüthig und tausendmal hoch- müthiger, als Du, ja der hochmüthigste Mensch, der je über diese Erde gegangen. Aber Gottlob“, fügte er hinzu, „wir sind gewohnt, einen andern Namen hierfür zu gebrauchen, wir nennen es Pflichtgefühl und strengste Gewissenhaftigkeit gegen sich selbst, mildeste Menschenliebe gegen Andere. . . . Ich will Dich“, schloß er, „nicht mit unserem Heiland ver- gleichen, Taras, aber ein seltener Mensch bist Du doch, ein Christenmensch“. Verzeiht, Ihr Männer, denn nochmals -- es ist ein Sterbender, der diese Worte zu wiederholen wagt. Auch kenne ich mein Herz besser, als ein Anderer, und weiß, es war Hochmüth, es war ein Laster.“

(Fortsetzung folgt.)